

Standortschließung: Länder fordern Geld

Lübeck. Nach der Entscheidung über Standortschließungen bei der Bundeswehr fordern die Länder einen dreistelligen Millionenbetrag an Konversionshilfen. Darauf haben sich die 16 Regierungschefs der Länder auf der Ministerpräsidentenkonferenz in Lübeck verständigt. Notwendig sei ein Betrag in Höhe von »100 Millionen Euro plus X« jährlich über einen Zeitraum von zwei oder drei Jahren, sagte der rheinland-pfälzische Ministerpräsident Kurt Beck (SPD) am Freitag zum Abschluß der Zusammenkunft. (dapd/jW)
<https://www.jungewelt.de/artikel/172922.standortschließung-länder-fordern-geld.html>